

FA 10.12.2016 Ergebnisse aus Testphase interessieren das Tiefbauamt nicht

BÜSSLEBEN Ortsteilrat und Bürger lehnen Einengung der Linderbacher Straße ab, doch das Amt hält an den Plänen fest

VON HOLGER WETZEL

Mit dem Abbau der Barrieren an der Linderbacher Straße in Büßleben ist gestern die Testphase für eine neue Straßenplanung beendet worden. Die Planung sieht eine einspurige Engstelle vor dem Gebäude Zur Trolle 1 vor, was durch die Barrieren simuliert wurde. Doch hat das Tiefbauamt offenbar eine ganz eigene Meinung darüber, was das Wort „Testphase“ bedeutet.

Während nahezu alle Bürger und der Ortsteilrat die Einengung ablehnen und vor den Gefahren warnen, ignoriert das Amt in einem Schreiben an die Ortsteilbürgermeisterin diese Hinweise. Statt dessen teilt es mit, dass die ursprüngliche Planung nun weiter verfolgt werde. Das Schreiben erweckt den Anschein, als habe es sich bei der vom Ortsteilrat angeregten Testphase nur um eine Alibi-Veranstaltung gehandelt.

Das Tiefbauamt hatte den Ortsteilrat im März über die Planung für den Kanal- und Straßenbau in dem betreffenden Bauabschnitt informiert. Überrascht stellte der Ortsteilrat fest, dass ein künstlicher Engpass geschaffen werden sollte. Das Amt begründete die Maßnahme mit der Schutzwürdigkeit des Fachwerkhauses, das an dieser Stelle sehr dicht an der Straße steht und unter den Erschütterungen des Lkw- und Busverkehrs leide.

Der Ortsteilrat zeigte Verständnis für das Problem, lehnte

die vorgeschlagene Lösung aber schon damals ab. Da der Bereich in einer unübersichtlichen Kurve liegt und da darüber hinaus wenige Meter weiter am Brodsack bereits ein Engpass existiert, der jeweils nur von einem Fahrzeug durchfahren werden kann, sahen die Räte eine nicht zu vertretende Einschränkung der Verkehrssicherheit voraus. Sie regten daher die Testphase an, die vom Tiefbauamt auch mitgetragen wurde.

Der Ortsteilrat begleitete die

Testphase intensiv. Die gewählten Bürgervertreter beobachteten die Stelle, fuhren sie bei viel und bei wenig Verkehr ab, befragten Anlieger und Autofahrer und forderten Meinungen ein. Das Ergebnis ist eindeutig: Die Testphase habe noch mehr Probleme aufgezeigt als ohnehin schon befürchtet, teilte die Ortsteilbürgermeisterin Kathrin Hörr in einer Stellungnahme an das Tiefbauamt mit.

„Der Gegenverkehr ist nicht ausreichend einsehbar, so dass



Die künstliche Einengung sollte die künftige Straßenführung simulieren, fiel bei den Büßlebern aber durch.
Archiv-Foto: Hartmut Schwarz

sich mehrfach Autos in der Engstelle gegenüberstanden“, sagt Hörr. Die Aneinanderreihung zweier Engstellen komme zudem zu plötzlich. Im Zwischenabschnitt stauten sich die Autos, die beidseits dem Gegenverkehr Vorfahrt gewähren müssen. Nachfolgende Autos würden den Stau zu spät erkennen.

Auch die Busfahrer hätten mitgeteilt, dass sie die Einengung durchweg ablehnten – einmal verkeilten sich sogar zwei Busse ineinander und blockier-

ten die Straße zwei Stunden lang. Schließlich falle es auch den Anliegern schwerer, ihre Grundstücke anzufahren, wobei der Anliegerverkehr in dem unübersichtlichen Abschnitt zugleich selbst die Unfallgefahr erhöhe. Außer dem betroffenen Hausbewohner hätten alle befragten Bürger die Variante deutlich abgelehnt.

Über eine eigene Auswertung der vermeintlichen Testphase berichtet das Tiefbauamt in seiner Antwort nicht. Dort werden lediglich die Argumente des Ortsteilrates klein geredet. Auf einige Hinweise wird mit Lösungsvorschlägen reagiert, die aus Sicht der Ortsteilbürgermeisterin nicht praktikabel sind. Zugleich weist das Amt daraufhin, dass der Schutz des Privateigentums vor starker Beeinträchtigung vor den Interessen der Allgemeinheit stehe.

Laut Kathrin Hörr spielte diese Maßgabe allerdings bei früheren Bauabschnitten keine Rolle. An mehreren Häusern, die sehr dicht an der Linderbacher Straße stehen, sei der Straßenquerschnitt beibehalten worden. Das historische, aber nicht denkmalgeschützte Fachwerkhaus stehe schon immer an der Stelle. „Der Besitzer kannte die Umstände beim Kauf des Hauses“, sagt sie.

Der Ortsteilrat setzt sich laut Hörr nun dafür ein, gemeinsam mit dem Tiefbauamt nach neuen Lösungen zu suchen. Die vorgelegte Planung lehne er weiterhin entschieden ab.